Polen beschränkt den Durchgangsverkehr.

Der Weg von und nach Ostpreußen.

Die deutschen Begegnungsmaßnahmen.

Berlin, 6. Februar. Wie bereits vor einigen Tagen berichtet wurde, hatten sich im Durchgangsverkehr von und nach Ostpreußen Schwierigkeiten ergeben, die ihren Grund darin haben, daß es nicht möglich war, die Summe, die an Polen für diesen Durchgangsverkehr zu zahlen ist, zu transferieren. Die betreffenden Beträge, die die Deutsche Reichsbahngesellschaft an das polnische Verkehrsministerium zu leisten hat, stehen zwar in Reichsmark bereit, können jedoch, was eben die Transferschwierigkeiten ausmacht, nicht, wie es gefordert wird, in Zloty gezahlt werden.

Bedauerlicherweise hat die Fühlungnahme mit den polnischen Stellen zu keinem Ergebnis geführt.

Die deutschen Vorschläge sind abgelehnt worden, und man hat von polnischer Seite die bereits angekündigten Einschränkungen des Verkehrs vorgenommen. Daß man sich bei dem Einschluß, nun doch diese Einschränkungen vorzunehmen, von polnischer Seite zu sehr von budgetären Interessen leiten ließ, ist gleichfalls bedauerlich. Man kann nur die Hoffnung aussprechen, daß trotz dieses Schrittes bald eine Regelung gefunden wird, die nicht den wirtschaftlichen Interessen, sondern auch dem Geist und Sinn des deutsch-polnischen Freundschaftsvertrages besser gerecht wird, als die jetzt getroffene. Das etwas gar zu bürokratische polnische Vorgehen macht auch einen kleinen Hinweis darauf erforderlich, daß man auf deutscher Seite in Fällen, in denen Polen der Schuldner ist, schon lange auf eine Regelung wartet, ohne gleich zu drastischen Maßnahmen zu greifen. Auch die Tatsache, daß Deutschland auf Grund des Pariser Staatsvertrages vom April 1921, der den Durchgangsverkehr regelt, schon weit mehr geleistet hat, als er den polnischen Aufwendungen für diesen Durchgangsverkehr entspricht, verdient unter allen Umständen Erwähnung. Nach den Einschränkungen, die jetzt die polnischen Staatsbahnen mit Wirkung vom Freitag, dem 7. Februar, 0,01 Uhr an vornehmen, können in den Zügen, die noch durch den Korridor gefahren werden, 1400 Sitzplätze in einer Richtung, also etwa von Berlin nach Königsberg, zur Verfügung gestellt werden. Die Zahl der Reisenden, die jetzt täglich in Frage kommen, macht etwa 1200 aus. In verkehrsstarken Zeiten steigert sich ihre Zahl allerdings bis zu 2000. Hier wird es nun notwendig sein, wenn sich nicht alsbald eine befriedigende Regelung erzielen läßt,

den Ueberschuß an Reisenden auf den Seedienst Ostpreußen sowie den Flugverkehr abzulenken.

Im Güterverkehr erfolgt eine Einschränkung von 20 000 auf 6000 Güterwagen, was die Ableitung des Massengüterverkehrs und nicht verderblicher Güter auf den Seeweg erforderlich macht. Der Seedienst Ostpreußen nimmt bereits am Sonnabend, dem 8. Februar, seine Fahrten mit dem Motorschnellschiff „Preußen" dreimal wöchentlich auf. Es gelten die alten Tarife und sämtliche ermäßigten Ausnahmetarife einschließlich der durchgehenden Eisenbahn-Schiffahrtstarife. Kraftfahrzeuge aller Art und Gruppenreisen (Gesellschaftsreisen, 100-Mann-Tarif, Jugendgruppen) sind 72 Stunden vor der Abfahrt für alle Richtungen und Teilnehmer bei der Seedienstmeldestelle Julius Müller in Swinemünde, Hindenburgstraße 83, anzumelden. Das gilt auch für Fahrten, für die Fahrkarten durchgehend bei der Reichsbahn oder an anderer Stelle gelöst werden.

Die Aenderungen, die im Fahrplan der Reichsbahn auf Grund des polnischen Vorgehens notwendig werden, sehen vor,

daß zwischen Ostpreußen und dem übrigen Reich künftig nur noch folgende Reisezüge verkehren:

1. Strecke Berlin, Stettin, Großboschpal, Danzig, Königsberg: Personenzugpaar 591/598;
2. Strecke Berlin, Dirschau, Marienberg, Königsberg: Schnellzüge D 1/2, D 17/18, D 7/8;
3. Strecke Schneidemühl, Bromberg, Deutsch-Eylau keine Zugverbindung mehr;
4. Strecke Berlin-Neubentschen, Posen, Deutsch-Eylau, Insterburg: Schnellzüge D 55/56, im Anschluß Züge D 58/59 von und nach Breslau.

Die im Durchgangsverkehr Berlin—Marienburg-Königsberg verbleibenden Züge D 1 und D 2 werden für den deutschen Binnenverkehr gesperrt und dienen lediglich dem Verkehr zwischen Ostpreußen und dem übrigen Deutschland. Der Zug D 1 nach Ostpreußen wird deshalb westlich Polens nur zum Einsteigen und der Zug D 2 von Ostpreußen nur zum Aussteigen westlich Polens freigegeben. Für den binnendeutschen Verkehr werden für die Schnellzüge D 1 und 2 Vorzüge von Berlin und Schneidemühl als Ersatz eingeführt. Außerdem wird für Stettin eine Anschlußverbindung über Stargard—Kreuz geschaffen.

Botschafter a. D. Solf †

Berlin, 6. Februar. Im Alter von 73 Jahren ist in der Frühe des 6. Februar in Berlin der Botschafter a. D. Wilhelm Solf an den Folgen einer Lungenentzündung gestorben.

Seine amtliche Laufbahn war nicht alltäglich. Wilhelm Solf wurde am 5. Oktober 1862 in Berlin als Sohn eines sehr wohlhabenden Bergwerksbesitzers geboren. Der Sohn studierte ursprünglich orientalische Sprache, dann auch Rechtswissenschaften und trat nach deren Abschluß 1888 in den Dienst des Auswärtigen Amts. Hier fand er u. a. 1889/90 Verwendung beim Generalkonsulat Kalkutta. Im Jahre 1892 jedoch trat er zuerst in den preußischen und 1893 in den Justizdienst von Sachsen-Weimar. Seine Rückkehr in den auswärtigen Dienst erfolgte 1896, und zwar trat er bei der Kolonialabteilung ein; 1898 war er Bezirksrichter in Deutsch-Ostafrika und 1899 ging er nach Samoa, wo er Präsident des Munizipalrates von Apia wurde. Ein Jahr später wurde er Gouverneur von Samoa. In dieser Stellung verblieb er bis zum Jahre 1911. Als dann im November 1911 der Staatssekretär des Reichskolonialamts von Lindequist im Zusammenhang mit dem deutsch-französischen Kongovertrag zurücktrat, wurde Solf sein Nachfolger.

Auch während des Krieges behielt er dieses Amt bei. Im Herbst 1914 begründete er zur „Pflege des Geistes vom 4. August" die „Deutsche Gesellschaft 1914". Im übrigen vertrat er die Interessen der deutschen Kolonialpolitik, so gut es ging. Im Kabinett des Prinzen Max von Baden übernahm er dann das Staatssekretariat des Aeußeren und behielt es zunächst auch bei, als die Revolution ganz neue Verhältnisse schuf. Jedoch wich er im Januar 1919 den Angriffen der Unabhängigen Sozialdemokraten und machte seinen Platz für den Grafen Brockdorff-Rantzau frei. Im Juni 1920 ging Solf als Geschäftsträger des Reiches nach Japan, wo er am 26. Februar 1921 zum Botschafter ernannt wurde. Im Dezember 1925 wurde er von der Asiatic Society of Japan, der bedeutendsten wissenschaftlichen Gesellschaft Ostasiens, zum Präsidenten als Nachfolger des scheidenden englischen Botschafters Sir Charles Elliot gewählt. Seit Gründung der Gesellschaft im Jahre 1872 wurde damit zum ersten Male dieses Ehrenamt einem Deutschen übertragen.

Er ist in dieser Zeit für Deutschlands moralische und wirtschaftliche Stellung in Ostasien mit großem Erfolg tätig gewesen. Auf besonderen Wunsch der japanischen Regierung blieb er auch nach Erreichung der Altersgrenze noch auf seinem Posten, um als Doyen des Diplomatischen Korps an den Krönungsfeierlichkeiten des Kaisers von Japan teilzunehmen. Ende 1928 trat er dann in den dauernden Ruhstand.

Bei seinem Weggang unterstrich die japanische Presse, daß noch niemals einem scheidenden Diplomaten soviel Hochachtung und Verehrung bezeugt worden sei. Solf war dann Präsident des Kuratoriums der Lessing-Hochschule und erster stellvertretender Vorsitzender des Verwaltungsrates des Deutschen Auslands-Instituts in Stuttgart. Ihm wurde der Deutsche Ring verliehen, und die Universität Heidelberg ehrte ihn durch Verleihung der Ehrendoktorwürde der Rechtsfakultät.

Das Auswärtige Amt wird seinem einstigen Chef und langjährigen Botschafter stets ein ehrendes Andenken bewahren.

Kreuzer „Karlsruhe" in Hongkong.

Hongkong, 7. Februar. Kreuzer „Karlsruhe" ist auf seiner Weltreise am Freitagmorgen in Hongkong eingelaufen. Nach dem Salutaustausch stattete der Kommandant die üblichen Besuche ab. — Es sind zahlreiche Empfänge bei den englischen und deutschen Behörden vorgesehen. Die deutsche Kolonie und die Parteistellen werden der Besatzung herzliche Gastgeber sein.

Sinn und Zweck der belgischen Armeereform.

Devèze vor den Heeresausschüssen der Kammer und des Senats.

Brüssel, 5. Februar. In der gemeinsamen Sitzung der parlamentarischen Heeresausschüsse, die am Mittwoch auf Veranlassung der Regierung einberufen worden war, beschränkte sich Kriegsminister Devèze lediglich auf eine Darstellung der großen Linien seiner Armeereform. Der Plan beruht im wesentlichen auf einer Erhöhung der Dienstzeit.

Devèze gab nach einer halbamtlichen Mitteilung sodann eine Darstellung der militärischen Organisation Belgiens im Zusammenhang mit dem Völkerbundspakt und dem Locarnovertrag und erklärte, daß

Belgien darüber hinaus keine Bindungen und keine militärischen Verpflichtungen eingegangen sei und seine Hoheitsrechte unversehrt bewahrt habe.

Devèze habe sich im Anschluß an einen Rückblick über die letzten acht Jahre über den gegenwärtigen Stand der Streitkräfte Deutschlands verbreitet. Er habe die Anstrengungen geschildert, die Frankreich an seiner Ostgrenze gemacht habe. Unter dem Hinweis auf die geographische Lage Belgiens habe der Minister die Gefahren eines möglichen Einfalles durch die holländisch-belgische Grenze geschildert und daraus die Notwendigkeit einer militärischen Deckung nachgewiesen, die nicht nur von Arlon bis Maeseyck (an der holländischen Grenze), sondern auch von Maeseyck bis Antwerpen gehen müsse. In seinen weiteren Ausführungen habe sich Devèze auch mit dem Ausbau der Grenzbefestigungen beschäftigt und dabei festgestellt, daß die

Befestigungen an der Ostgrenze beinahe vollendet seien.

Der Hauptzweck der neuen Reform sei, die Grenztruppen im Ernstfall in die Lage zu versetzen, daß sie rechtzeitig die Zerstörungen in den den Grenzen benachbarten Gebieten vornehmen und diese Gebiete solange unter Feuer halten können, bis Verstärkungen eingetroffen seien. Die Reform bedeute im übrigen weder eine Erhöhung der Truppenbestände noch eine Erhöhung der Rüstung. Die sich aus der Erhöhung der Dienstzeit ergebenden finanziellen Lasten würden gering bleiben. Devèze habe seine Ausführungen mit der Erklärung geschlossen, daß Belgien nur durch eine Verletzung seiner Grenzen in einen Krieg verwickelt werden könnte.

Der unkluge Otto von Habsburg.

Erzherzog Otto von Habsburg, der, von Belgien kommend, am Mittwoch in Paris eintraf, scheint wieder einmal falsch beraten worden zu sein. Sein Erscheinen in Paris hat Oesterreich im Rahmen des Pariser diplomatischen Spiels, wie man den letzten Meldungen entnehmen kann, mehr geschadet als genützt. Man befürchtet, daß die Reise Ottos nach Paris die

Aussichten auf eine Annäherung zwischen Oesterreich und der Kleinen Entente wieder zerstört

worden seien. Dafür spricht auch die Tatsache, daß Fürst Starhemberg, der inzwischen von Paris abgereist ist, seine Absicht, nach Belgien zu fahren und dort mit Erzherzog Otto zusammenzutreffen, aufgegeben hat, weil er nicht den Argwohn der Kleinen Entente und insbesondere Jugoslawiens haben erwecken wollen.

Durch das voreilige Erscheinen Ottos in Paris ist diese Vorsichtsmaßnahme völlig illusorisch geworden und man kann sich vorstellen, daß man in Wien darüber alles andere als erbaut sein wird. Uebrigens meldet das Reuterbüro (mit Vorsicht zu genießen!) trotz aller entgegenstehenden Erklärungen, daß Erzherzog Otto sofort nach seiner Ankunft in Paris den Fürsten Starhemberg aufgesucht und ihn überredet habe, seine Ansicht über die Frankreich gegenüber eingegangene Verpflichtung hinsichtlich einer möglichen Wiedereinsetzung der Habsburger zu ändern, eine Frage, die Fürst Starhemberg einer Annäherung Oesterreichs an die Kleine Entente zur Sicherung der „Unabhängigkeit" seines Landes zu opfern bereit war. Im übrigen sind aber die Pariser Besprechungen augenblicklich noch so undurchsichtig, daß man etwas Greifbares noch nicht herauslesen kann.

Abschluß der diplomatischen Besprechungen in Paris.

Paris, 6. Februar. Die diplomatischen Besprechungen in Paris haben am Donnerstag mit einem Frühstück ihren Abschluß gefunden, das der jugoslawische Gesandte zu Ehren des Prinzregenten Paul gab. Der Prinzregent ist im Laufe des Donnerstags von Paris abgereist.

Auch die Abendpresse betont, daß die vielfältigen Unterhaltungen der letzten Tage zu keinem greifbaren Ergebnis geführt haben.

Flugzeugzusammenstoß über München.

Die Piloten retten sich mit Fallschirmen. Drei Fußgänger tot, sieben verletzt.

München, 6. Februar. Am Donnerstagnachmittag gegen 16 Uhr stießen zwei Flugzeuge in etwa 1200 Meter Höhe nördlich von München zusammen. Durch den starken Nordwind wurden die beiden Flugzeuge über München abgetrieben. Die Besatzungen, je ein Pilot, sprangen mit Fallschirmen ab und konnten, dem Vernehmen nach, der eine in der Görresstraße, der andere am Viktualienmarkt verhältnismäßig wohlbehalten zur Erde kommen. Das eine Flugzeug fiel gegen den Giebel der Alten Akademie und stürzte dann auf die belebte Straße herab. Es bohrte sich mit der Spitze tief in das Pflaster und ging sofort in Flammen auf. Das Flugzeug zerriß die Oberleitung der Straßenbahn, wodurch auf Stunden der Straßenbahnverkehr in dem ganzen Viertel lahmgelegt wurde und Kurzschluß eintrat. Nach den vorläufigen Berichten kamen bei dem Absturz drei Fußgänger ums Leben, während drei schwer und vier leicht verletzt wurden. Die Feuerwehr griff die Flammen mit Schaumlöschern an und beseitigte die Brandgefahr. Von dem Flugzeug blieben nur verbeulte Metallstücke und verbrannte Reste zurück. Das andere Flugzeug stürzte in der Parsivalstraße in der Nähe des Schwabinger Krankenhauses zur Erde und wurde ebenfalls vollständig zertrümmert. Verletzt wurde hierbei glücklicherweise niemand.

Bei den Toten handelt es sich um den 16jährigen Sohn eines Verwaltungsinspektors aus München, Siegfried Hochrain, eine ältere Frau, deren Persönlichkeit noch nicht ermittelt ist und die Schlosserehefrau Anna Schröder aus Freimann bei München. Die drei Schwerverletzten liegen in der Chirurgischen Klinik. Sie sind alle drei in München oder dessen näheren Umgebung wohnhaft.

Der Meuchelmord an Gustloff.

Motta erstattet dem Bundesrat Bericht.

Bern, 6. Februar. Der Chef des politischen Departements, Bundesrat Motta, erstattete in der Sitzung des Gesamtbundesrates einen Bericht über den Mord an Landesgruppenleiter Gustloff und über seine Unterredung mit dem deutschen Gesandten von Weizsäcker.

Aus den Beratungen des Bundesrates geht hervor, daß, wenn auch der Bundesrat die zeitweise maßlosen Angriffe eines Teiles der Presse gegen ausländische Staaten zwar bedauere, er doch keinen Zusammenhang (?) zwischen diesen Angriffen und dem Attentat des Frankfurter sehen könne. Daß der Bundesrat gewillt sei, solche Angriffe zu ahnden, gehe daraus hervor, daß er heute den „Travail" in Genf und dem „Droit du Peuple" in Lausanne wegen eines Artikels vom 2. Januar, der sich sowohl gegen den italienischen Faschismus als auch gegen den deutschen Nationalsozialismus richtet, besonders wegen der darin enthaltenen ganz groben Ausdrücke eine strenge Verwarnung erteilt habe mit der Androhung der Einstellung im Wiederholungsfall. Diesen Beschluß habe der Bundesrat nach Besprechung mit der konsultativen Pressekommission und unter ihrer Zustimmung gefaßt

Die Blutschuld der Marxisten.

Basel, 6. Februar. Sehr deutlich nimmt die „Neue Basler Zeitung" gegen die kommunistische und sozialistische Hetze Stellung, die auch in den Pressekommentaren zum Mordfall Gustloff zum Ausdruck kommt. In den Besprechungen des Basler kommunistischen Blattes habe man ein klassisches Beispiel der hemmungslosen, mit Drohungen gespickten Gustloff-Hetze, die verantwortlich sei für die geistige Atmosphäre, aus der heraus die brutale Tat geworden sei. Mit einer Hetze gegen Deutschland setze die Linkspresse letzten Endes die Neutralität der Schweiz aufs Spiel, wenn sie im Ausland den Eindruck hervorrufe, die Schweiz wolle nicht länger neutral sein und ergreife einseitig Partei. Vom Vertrauen des Auslandes in den Schweizer Neutralitätswillen hänge aber überhaupt der Bestand des Bundes ab.

Auch die „Basler Nachrichten" meinen, obwohl sie der deutschen Auffassung des Mordes an Gustloff nicht gerecht zu werden vermögen, es wäre in der Tat nicht zu früh, wenn der Bundesrat der marxistischen Presse etwas nachdrücklicher ihre Pflicht gegenüber dem Lande ins Gedächtnis rufen würde.

Ueber das Verbrechen von Davos schreibt die „Gazette de Lausanne" u. a.: Die sozialistische Presse, die seit Monaten unablässig einen denkbar heftigen Feldzug gegen Gustloff geführt hat, bemüht sich schon jetzt, die Aufmerksamkeit von ihrer moralischen Verantwortung abzulenken, indem sie den Bundesbehörden vorwirft, mitverantwortlich zu sein, weil der Bundesrat Gustloff nicht aus der Schweiz ausgewiesen habe! Das Blatt erinnert dann gleichfalls an die Ehrenerklärung, die Bundesrat Baumann seinerzeit für Gustloff abgegeben hat. Eine Lehre aus diesem Drama, so fährt das Blatt fort, sei die dringende Notwendigkeit, den neuen Sicherheitsdienst in Gang zu bringen, der der Bundesanwaltschaft die Möglichkeit der besseren Ueberwachung und der Unschädlichmachung gewisser Kreise von „Flüchtlingen" geben müsse, nämlich derjenigen, die unbedenklich das Gastrecht mißbrauchen, um auf Schweizer Boden politische Anschläge vorzubereiten oder zu begehen, die die Schweiz gegebenenfalls in ernste Schwierigkeiten bringen können.